

Es gilt das gesprochene Wort.

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen
Freitag, 18. Januar 2019

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer

Sehr geehrte Damen und Herren,

in früheren Jahren habe ich gute Erfahrungen damit gemacht, diese Rede mit einem Philosophen zu verbinden. Das kann man so wohl nur in einer Universitätsstadt machen. Nach Aristoteles und Max Weber habe ich mich diesmal für einen Tübinger Geist entschieden: Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Hegel hat nicht nur den Weltgeist nach Tübingen gebracht, er hat auch dem Begriff der Dialektik einen Inhalt gegeben, der heute noch hilfreich ist, um den Verlauf von Debatten unter demokratischen Voraussetzungen zu verstehen und zu verbessern. Nach Hegel steht am Anfang eines Diskurses eine These. Zu dieser gibt es immer einen Widerspruch, eine Antithese. Im Widerstreit der Argumente kann aus These und Antithese eine Synthese entstehen, die beide Thesen aufhebt und zu höherem zusammenführt.

Der britische Philosoph Karl Popper war ein heftiger Kritiker dieser Hegelschen Auffassung. Er warf ihm sogar vor, die Entstehung des Nationalsozialismus begünstigt zu haben. Durch Hegel seien der innere Widerspruch und der logische Widerspruch zur Welt salonfähig geworden. Und das lange vor Facebook und Fake News. Dennoch baut Poppers Theorie der wissenschaftlichen Erkenntnis auf Hegel auf. Nach Popper können wir keine Wahrheit erlangen. Wir können nur Thesen aufstellen, sie dem Experiment unterwerfen, logische Fehler der These und Widersprüche zum Experiment erkennen und dann zu einer neuen These gelangen, die wiederum dem Experiment ausgesetzt werden muss und nur so lange gültig ist, bis sie ihrerseits falsifiziert wird.

Was lehrt uns das für Tübingen im Jahr 2019? Blicken wir zunächst drei Jahrzehnte zurück. Tübingen im Jahr 1990 hatte nach einem alten Bonmot keine Universität – es war eine Universität. Die Wirtschaft wurde geduldet, aber nicht gefördert, die Bevölkerung stagnierte. Die Alternativbewegung hatte den Begriff des Wachstums zu einer Gefahr für die Welt umgedeutet. Tübingen war sich selbst genug. Weder die Wirtschaft noch die Stadt wuchsen in den 90er-Jahren relevant.

Frei nach Hegel habe ich im Jahr 2006 die Antithese zu diesem Zustand vertreten. Ich plädierte vor meiner ersten Wahl dafür, in Tübingen Wohnraum für 10.000 Menschen zu schaffen, die Wirtschaft zu fördern und Wachstum ökologisch verträglich zu gestalten, zum Beispiel durch Verzicht auf jede Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen in Wohnbau- oder Gewerbegebiete. Diesen Weg sind wir seither tatsächlich gegangen. In Zahlen ausgedrückt: Wir haben 25 Prozent mehr gute Arbeitsplätze in der Stadt, nämlich rund 10.000. Wir haben dreimal höhere Gewerbesteuern, nämlich aktuell 53 Millionen Euro. Wir haben zehn Prozent mehr Einwohner, nämlich 8.000.

Falls Sie mich für dieses Programm gewählt haben sollten, kann ich Ihnen heute sagen, dass wir unsere Ziele erreicht haben. Bei dieser Gelegenheit: In den „Fragen eines lesenden Arbeiters“ schreibt Bert Brecht: „Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?“ Ja, hatte er. Sogar ganze Legionen. Was ich hier referiere, ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von Zehntausenden von Menschen, auf das wir alle gemeinsam stolz sein können und für das ich an dieser Stelle herzlich Dank sage.

Das gilt auch für die ökologische Seite. Das blaue Wachstum in Tübingen geht nicht auf Kosten der Natur, der Umwelt und des Klimas. Wir haben es geschafft, den CO₂-Ausstoß pro Kopf um 32 Prozent zu senken. Den CO₂-Ausstoß pro Euro Steuerkraft haben wir sogar halbiert. Zum Vergleich: In Deutschland ist der CO₂-Ausstoß pro Kopf im selben Zeitraum nur um acht Prozent zurückgegangen. Das alles ist fast ohne Flächenverbrauch gelungen. Stand heute gibt es nur drei kleine Ausnahmen mit zusammen etwa sieben Hektar Flächen: nämlich ein Gewerbegebiet am Rittweg in Hirschau, ein Gewerbegebiet in Pfrondorf und ein Wohnbaugebiet in den Hirschauer Käppelesäckern. Alles andere haben wir durch Wiedernutzung vorhandener Siedlungsflächen innerhalb der Stadt erreicht.

Tübingen hat für diesen Weg mittlerweile viele nationale und internationale Preise erhalten. Zuletzt durfte ich in Wien den European Energy Award in Gold entgegennehmen. Und das mit der höchsten Punktzahl aller deutschen Städte unserer Größenklasse. Wir sind im Klimaschutz in der Champions League der Kommunen ganz oben angekommen. Ich will mich ganz herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Jetzt entsteht bei Ihnen im Kopf vielleicht gerade eine These: Der Palmer will mal wieder nur seine Erfolge herausstellen. Hier kommt Ihnen Hegel zur Hilfe mit der Antithese: Ich habe in den letzten beiden Jahren registriert, dass immer mehr Menschen auch das blaue Wachstum, das ich gerade beschrieben habe, sehr kritisch betrachten.

Spürbar war das bei der Debatte über den Au-Brunnen. Das haben wir entschieden. Immer noch spürbar ist es bei der Diskussion über Flächen zur Erweiterung der Universitätskliniken. Die BI Käsenbachtal vertritt sehr offensiv die Position, das Klinikum dürfe gar keine Erweiterungsflächen mehr erhalten. Der im Gemeinderat mit großer Mehrheit gut geheißen Kompromiss, den Steinenberg vor der seit Jahrzehnten geplanten Bebauung zu schützen und dafür entlang der Schnarrenbergstraße eine Gebäudezeile zuzulassen, wird von dieser Gruppe komplett abgelehnt. Auf dem Österberg hat sich starker Widerstand gegen den Ersatz der Gebäude des SWR und seines Parkplatzes durch ein kleineres Wohngebiet für 200 Menschen formiert. Im Oktober hat sich das Bürgerpro-

jekt „Zukunft Tübingen – neu denken – anders handeln“ gegründet. Ich war bei der ersten Versammlung dabei und habe gehört, wie skeptisch die meisten Anwesenden weiteres Wachstum jeder Art beurteilt haben. Die heftigste Kritik macht sich am Technologiepark fest. Hier werden sowohl die dichte Bebauung und der Verkehr kritisiert als auch der Inhalt der Forschung, den man für gefährlich hält und Technologien vermutet, die den Menschen entrechtet werden.

Die Antithese zu meiner These, dass Tübingen wachsen könne und solle, aber innerhalb ökologischer Leitplanken, lautet demnach: „Tübingen darf überhaupt nicht mehr wachsen. Ende Gelände!“ Wie immer, wenn eine Antithese entsteht, ist der Widerspruch zunächst radikal. Es scheinen Gegensätze, ja Welten aufeinanderzuprallen. Hegel lehrt uns, dass das kein Beinbruch ist, wir müssen nur aus These und Antithese immer wieder eine Synthese formen.

Ich will heute einen ersten Versuch machen, eine solche Synthese zu skizzieren. Dabei hilft nicht nur Hegel, sondern auch Popper. Denn das Wissen darum, dass wir die Wahrheit nicht erhalten können, ist in der Politik besonders wichtig. Das bewahrt vor dem Fehler, die eigene Weltsicht absolut zu setzen und die Sicht anderer Menschen komplett zu verneinen. Demokratie setzt die Haltung voraus, dass auch ein anderer mal Recht haben könnte – zumindest ausnahmsweise. Manche von Ihnen werden hier vielleicht einwenden, das sei ja nun nicht gerade meine Stärke. Im Sinne Hegels will ich Ihrer These gerne zustimmen. Da ist was dran. Aber auch ich lerne dazu.

Es gab in den letzten Jahren nur sehr wenige Entscheidungen, die gegen meine Stimme getroffen wurden. Rückblickend waren aber ausgerechnet diese Entscheidungen erstaunlich oft richtig. So habe ich vor vier Jahren vehement dagegen gekämpft, dass neben der Ludwig-Krapf-Schule in Derendingen für teures Geld Container aufgebaut wurden. Als sparsamer Schwabe konnte ich partout nicht zustimmen, ein vorhandenes Haus leer stehen zu lassen und dafür Container zu kaufen, nur weil Schülern ein Fußweg von 400 Metern nicht zuzumuten sei. Der Gemeinderat entschied aber, der Forderung der Eltern zu folgen. Und heute? Vor kurzer Zeit habe ich den zum Kinderhaus umgebauten ehemaligen Schülerhort eingeweiht. Weil wir entgegen aller Prognosen sehr viel mehr Kinder haben als gedacht, war ich gottfroh, dass wir in dem leeren Schülerhort sehr schnell neue Kleinkindgruppen herstellen konnten. Hegel hätte gewiss seine Freude an einer solchen Entwicklung gehabt. Die Synthese ist perfekt.

Was heißt das nun für die Wachstumsdiskussion? Um hier zu einer Synthese zu gelangen, möchte ich Ihnen noch zwei weitere Grafiken zeigen. Entgegen landläufiger Annahmen zur Wirkung der Agenda 2010 ist festzustellen: Die Sozialausgaben im Landkreis Tübingen steigen dramatisch an – von 50 Millionen Euro im Jahr 2000 auf fast 130 Millionen Euro im Jahr 2019. Das ist ein Anstieg um mehr als 150 Prozent in nur zwei Jahrzehnten. Im gleichen Zeitraum ist die Wirtschaftsleistung in Deutschland (BIP) nur um 50 Prozent gewachsen. Die Sozialausgaben in Tübingen wachsen dreimal schneller als die Wirtschaft in Deutschland. Wir wenden also auch anteilmäßig immer mehr Geld für soziale Hilfen auf.

Diese Daten zeigen sehr deutlich: Ohne das starke Wachstum der Steuern im letzten Jahrzehnt hätten wir uns das niemals leisten können. Schon mit einem Nullwachstum wären massive Einschnitte

in das soziale Netz unausweichlich gewesen. Ich vermute, dass das für niemanden hier im Saal wünschenswert erscheint. Dann ist aber wirtschaftliches Nullwachstum kein Ziel mehr.

Und wie sieht es mit dem Wachstum der Bevölkerung aus? Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist Baden-Württemberg in nur sieben Jahren um eine halbe Million Einwohner gewachsen. Das ist fast die Größe von Stuttgart. Die große Mehrzahl der Zuwanderer ist gekommen, um bei uns zu arbeiten. Ein kleinerer Teil, um Schutz vor Krieg und Verfolgung zu suchen. Ich bin mir sehr sicher, hier im Saal will niemand den Dexit, den Austritt Deutschlands aus der EU, um die Arbeitsmigration zu stoppen. Und auch das Asylrecht verteidigen wir zu Recht. Das aber heißt, wir müssen uns auf weitere Zuwanderung und damit Bevölkerungswachstum einstellen.

Wenn Nullwachstum keine sinnvolle Option ist und blaues Wachstum erkennbar auf wachsenden Widerstand in der Stadt stößt, dann ist aus meiner Sicht ein „begrenzt blaues Wachstum“ eine mögliche Synthese. Klarer formuliert: Wir brauchen eine Wachstumsbremse. Die Dynamik des Wachstums beginnt, Tübingen als Ganzes zu überfordern. Wir müssen es daher stärker steuern und kontrollieren als in den letzten zehn Jahren. Anders gesagt: Auf die Phase der Stimulation der Wirtschaft und der Bautätigkeit muss jetzt eine Konsolidierung folgen.

Wie könnte das konkret aussehen und welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir dafür? Das wichtigste Steuerungsinstrument in der Hand der Kommune ist die Ausweisung von Bauland für Wohnen und Gewerbe. Wir wollen dieses Jahr einen neuen Flächennutzungsplan beschließen. Er enthält für Wohnen rund 30 Hektar, für Gewerbe rund zehn Hektar und für Kliniken und Forschung ebenfalls zehn Hektar zusätzlicher Flächen. Unser Ziel muss es sein, diese Flächen möglichst lange unbebaut zu lassen.

Für das klassische Gewerbe soll im nächsten Jahr ein neues Gebiet in der Weststadt zur Verfügung stehen. Aischbach II soll es heißen. In den 20er-Jahren können am Hirschauer Rittweg kleinere Erweiterungen folgen. Damit wir das Wachstum in vertretbare Bahnen lenken, spreche ich mich heute dafür aus, die Reserveflächen im Schelmen bei Weilheim in den 20er-Jahren nicht anzutasten. Wenn Tübinger Betriebe im kommenden Jahrzehnt Flächenbedarf haben, so muss es uns gelingen, diesen in bestehenden Gewerbegebieten zu befriedigen.

Die Universität wird im kommenden Jahrzehnt die alte Augenklinik neu belegen, die Islamische Theologie erhält einen Neubau anstelle heutiger Baracken, und der Parkplatz der Alten Chemie wird bebaut. Tübingens größter Arbeitgeber wird also mit seinen Bestandsflächen auskommen. Für die Universitätsklinik haben wir einen Masterplan erarbeitet, der eine starke Konzentration auf das bestehende Gelände vorsieht. Auch hier ist mein Ziel, in den 20er-Jahren keine neuen Flächen in Anspruch zu nehmen, weder in der Sarchhalde noch auf dem Steinenberg.

Bleibt schließlich noch der Technologiepark auf der Viehweide. Das ist derzeit der Ort, an dem Tübingens wirtschaftliche Entwicklung am besten zu sehen ist. Und über den am meisten gestritten wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit den beiden Schwerpunkten Biotechnologie und Künstliche Intelligenz richtig liegen. Es ist keineswegs sicher, dass Baden-Württemberg dauerhaft mit Fahrzeug- und Maschinenbau seinen Wohlstand verdienen kann. Wenn selbstfahrende, um-

weltfreundliche Autos nicht bei uns entwickelt werden, könnte das Musterländle zum Ruhrgebiet des 21. Jahrhunderts werden. Wir müssen auch in Zukunftsfeldern vorne mitspielen.

In diesem internationalen Wettbewerb ist Tempo entscheidend. Die Stadtverwaltung führt derzeit Gespräche über alle verfügbaren Baugrundstücke im Technologiepark, sodass diese voraussichtlich im Jahr 2020 komplett vergeben sein werden. Aus meiner Sicht muss dies genügen. Eine Erweiterung auf die freien Flächen jenseits des Nordrings halte ich für falsch. Waldhausen muss ein Dorf mit Landwirtschaft bleiben können.

Im Wohnungsbau müssen wir den Wunsch, das Wachstum zu bremsen, mit dem Ziel verbinden, für alle bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das heißt in erster Linie, dass neue Wohnungen preisgebunden oder zumindest preisgedämpft sein sollen. Ich habe an dieser Stelle vor einem Jahr ein Mietoberbegrenzungsgesetz gefordert. Leider hat der Bund nicht einmal eine wirksame Mietpreisbremse zustande gebracht.

Glücklicherweise ist unser Gemeinderat mutiger. In der letzten Sitzung des alten Jahres hat er einstimmig einen Beschluss gefasst, der im Ergebnis bedeutet, dass Investoren auf städtischen Grundstücken für 90 Prozent der Wohnungen eine Mietpreisgrenze akzeptieren müssen. Soweit ich das sehen kann, ist das in Deutschland einmalig. In den kommenden Jahren dürfte etwa jede vierte neue Wohnung eine Sozialwohnung sein, fast die Hälfte aller neuen Wohnungen wird eine Mietpreisgrenze erhalten. Nur durch diesen Eingriff in den Markt können wir das Wachstumstempo begrenzen und dennoch ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Ganz konkret soll im Jahr 2020 die Vermarktung des Hechinger Ecks starten. Die Bauverwaltung arbeitet daran bereits mit großem Engagement. Dasselbe gilt für die Erweiterung des Französischen Viertels in Richtung Stadtwerke. Schon im Frühjahr wird die Straßenmeisterei des Landkreises in den Neubau nach Dusslingen ziehen und die Flächen frei machen – ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Stadt und Kreis. Mein Ziel ist es, wenig später auch eine der letzten gewerblichen Brachen in der Stadt in Angriff zu nehmen, nämlich das Queck-Areal in Lustnau. Und ab 2023 könnte Baubeginn rund um den Westbahnhof sein. Dort haben wir mit der Bürgerschaft einen Rahmenplan für ein lebendiges Quartier erarbeitet, der dann umgesetzt werden soll.

Über die größte Neubaufäche im Flächennutzungsplan, den Saiben in Derendingen, haben wir in den letzten Jahren viel diskutiert. Oft wurde verlangt, mit der Erschließung schneller anzufangen, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Weil mir das Wachstumstempo in Tübingen mittlerweile zu groß erscheint, spreche ich mich heute dafür aus, nicht vor Ende der 20er-Jahre im Saiben zu bauen. Das würde uns erlauben, die Flächen dort erst im Laufe der 30er-Jahre vollständig zu besiedeln. Mehr Bauflächen sollte Tübingen bis 2040 nicht benötigen.

Zusammengefasst schlage ich vor, laufende und geplante Vorhaben langsamer anzugehen, den Technologiepark nicht über seinen heutigen Umfang auszudehnen und die großen Reserveflächen im Saiben, im Schelmen, an der Sarchhalde und auf dem Steinenberg bis in die 30er-Jahre möglichst unbebaut zu lassen. Ein Nullwachstum wäre das nicht, aber eine spürbare Wachstumsbremse. Gleichwohl müssen wir auch in diesem Szenario mit einem weiteren Wachstum der Arbeitsplätze

und der Bevölkerung rechnen. Ich denke, das ist auch richtig so. Denn Tübingen ist keine Insel. Wir haben mit den Kliniken, dem Cyber Valley und der Universität mindestens drei Einrichtungen von landesweiter Bedeutung in der Stadt und deshalb eine Verantwortung, die weit über die Stadtgrenzen hinausgeht. Wir sind keine Insel und wir können uns nicht wieder hinter einer Stadtmauer verschanzen.

Es wird also darauf ankommen, nicht nur zu bremsen, sondern auch weiter darauf zu achten, dass Tübingen blau macht. – Und grün! Zwei Projekte liegen mir da besonders am Herzen: Das ist zum einen die Regionalstadtbahn mit der Innenstadtstrecke. So viele Menschen und Arbeitsplätze auf so engem Raum kann man nur gut erreichen, wenn der Platz auf den Straßen optimal genutzt wird. Kein anderes Verkehrsmittel könnte in Tübingen mehr Menschen auf weniger Raum transportieren als die Stadtbahn.

Und zum anderen ist es das Projekt einer Landesgartenschau. Sie soll Anfang der 30er-Jahre eine grüne Spange von der Innenstadt über einen neuen Anlagenpark und die Weilheimer Wiesen bis nach Weilheim gestalten. Das wäre ein Stadtpark zur Erholung und zum Spazieren in ganz neuer Qualität. Der Stadtpark wäre schon fertig, bevor im Saiben der Wohnungsbau vollendet ist und im Schelmen die Gewerbebetriebe ihre Tore aufmachen. Damit könnten Wohnen, Freizeit, Erholung, Einkaufen und Arbeit in idealer Weise verbunden werden.

Wirtschaftliches Wachstum hat neben allen kritischen Aspekten auch einen unbestrittenen Vorteil: Es kommt mehr Geld in die Stadtkasse. Und es gibt dafür wundersamerweise immer eine Verwendung. In diesem Jahr beginnt der seit 25 Jahren geplante Neubau des Europaplatzes. So wenig Geld, wie Tübingen früher hatte, wäre damit auf lange Zeit der finanzielle Spielraum ausgeschöpft. Tatsächlich hat der Gemeinderat gestern ohne Gegenstimme einen Haushalt beschlossen, der auch den Bau eines neuen Hallenbades und eines Konzertsaals in den kommenden fünf Jahren gestattet.

Jedes dieser Projekte kostet für sich bereits 20 Millionen Euro. Das sind gewaltige Summen. Aus diesem Grund plädiere ich dafür, ein neues Hallenbad zu erstellen und dafür das Umlandbad zu einem Konzertsaal zu machen. Dann müssen wir nur die Kosten von zwei und nicht von drei teuren Gebäuden dauerhaft tragen. Das ist ganz sicher Stoff für Diskussionen und viele Leserbriefe. Damit auch diejenigen, die sich nicht laut öffentlich äußern, an dieser Entscheidung mitwirken können, werde ich dem Gemeinderat vorschlagen, schon im März eine Bürgerbefragung zu Hallenbad und Konzertsaal durchzuführen. Und zwar erstmalig in Deutschland mit der eigens für solche Abstimmungen entwickelten Tübinger BürgerApp. Ich wünsche mir vor allem eine große Beteiligung.

Und zu guter Letzt, das wissen Sie, hat die wirtschaftliche Lage einen erheblichen Einfluss auf das Büfett. Wie immer lautet die Frage: Butter oder nur Brezel? Ich habe neulich gehört, dass Tübinger Wäschereien nach dem Neujahrsempfang Zusatzgeschäft verzeichnet haben, weil die Taschen mancher Jackets von den eingepackten Brezeln mit Fettflecken verziert waren. Seien Sie also vorsichtig, noch ist die wirtschaftliche Lage der Stadt so gut, dass wir großzügig Butterbrezeln bestellen konnten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen verträgliches Wachsen im Jahr 2019 und nun viel Vergnügen und gute Gespräche beim Empfang in der Wandelhalle.